

Stadtteilbeirat Sternschanze
Protokoll der 44. Sitzung vom 26.04.2017

Der Beirat ist mit zwölf anwesenden stimmberechtigten Mitgliedern beschlussfähig.
Herr Cassens ist entschuldigt.

Tagesordnung

TOP 01. Anmerkungen zum Protokoll

**TOP 02. Gespräch mit den Bezirksamtsleitern der Bezirke Altona und Mitte
(Frau Dr. Melzer und Herr Droßmann) bezüglich G20**

TOP 03. Anliegen von Gästen und Mitgliedern des Beirats

TOP 04. Berichte / Termine

TOP 01. Anmerkungen zum Protokoll

Die im Protokoll angeführten nicht genutzten Abluft-Rohre gehören nicht zur Gastronomie *Käpt´n Ahab*, sondern zur Gastronomie *Presse*. Die Anbringung der Rohre wurde vom Hauseigentümer unter- sagt. Die Herausführung der Abluft von *Käpt´n Ahab* auf Bürgersteig-Niveau ist vom Bezirksamt ge- nehmigt, da es sich um gefilterte Abluft handelt.

Die Rolltreppe im Messetunnel scheint zur Zeit wieder zu funktionieren.

Herr Sülberg (Die Grünen) wurde im Protokoll zum Thema „Cornern“ falsch zitiert und stellt richtig, dass der Planungsausschuss nichts mit einer rechtlichen Prüfung zum Thema zu tun hat.

Der Vorsitzende des Vereins *Standpunkt.Schanze e.V.*, Herr Buchaly, gibt bekannt, dass er aus gesund- heitlichen Gründen seine Position zum Ende des Jahres 2017 aufgeben wird. Die anwesende Leiterin des Bezirksamts Altona, Frau Dr. Melzer, dankt ihm an dieser Stelle für seine Tätigkeit für den Stadtteil.

**TOP 02. Gespräch mit den Bezirksamtsleitern der Bezirke Altona und Mitte
(Frau Dr. Melzer und Herr Droßmann) bezüglich G20**

Frau Dr. Melzer (Leiterin des Bezirksamts Altona) fragt nach Wünschen und Anregungen der Anwe- senden zum Thema des G20-Gipfels vom 7.-8.7.2017. Herr Droßmann (Leiter des Bezirksamts Mitte) stellt sich vor und merkt an, dass neben G20 sicherlich auch andere Themen stadtteilübergreifend von Interesse sind und eine Vernetzung der Stadtteilbeiräte in dieser Hinsicht wünschenswert sei.

Herr Droßmann schickt voraus, dass prinzipielle Fragen der Bürger wie beispielsweise die Frage nach möglichen Einschränkungen von Bürgerrechten nur von der Polizei beantwortet werden könnten. Er könne nur zu Fragen Stellung nehmen, die das Bezirksamt betreffen. Einige häufig gestellte Fragen beantwortet er vorab und betont dabei, dass seine Antworten seinem aktuellen Kenntnisstand ent- sprächen.

Die Bereiche, die beim G20-Gipfel gesperrt werden (Sicherheitszonen), entsprechen überwiegend den Sicherheitszonen beim OSZE-Gipfel im vergangenen Jahr. Änderungen gebe es nur im Bereich *Planten un Blumen*. Hier wird für den G20-Gipfel der gesamte Bereich inklusive der Schaugärten gesperrt (nicht aber die *Wallanlagen*).

In der Lenkungsgruppe zur Veranstaltung sind eine Vielzahl von Behörden eingebunden, dazu gehöre unter anderem auch die Schulbehörde.

Alle Schülerzeitungen Hamburgs werden sich mit dem Thema G20 befassen.

Zum Thema Verkehr berichtet er, dass es sich um deutlich größere Delegationen als bei der OSZE-

Konferenz handele. Daher sei auch mit einem höheren Verkehrsaufkommen zu rechnen. Das genaue Verfahren der Zuwege zum Veranstaltungsort sei noch nicht bekannt, daher könne er auch zu eventuellen Straßensperrungen nichts sagen. Viele Delegationen hätten jedoch für ihre Mitarbeiter *Hamburg-Cards* gebucht, so dass davon auszugehen sei, dass der öffentliche Nahverkehr ebenfalls stark genutzt werde. Insofern werde wohl auch die Bus-, U- und S-Bahnstation Sternschanze durchgehend geöffnet sein.

Ein Mitglied des Beirats möchte wissen, wie es um den Schulunterricht im G20-Zeitraum steht. Viele Schulen in den Bereichen Sternschanze und Mitte würden Probleme befürchten. Herr Droßmann erwidert, der Schulunterricht finde generell statt, es seien keine Schulschließungen geplant.

Ein Beiratsmitglied merkt dazu an, es sei so oft zu hören, die Sicherheit der Konferenzteilnehmer habe höchste Priorität, und stellt dazu fest, für ihn sei dies falsch. Höchste Priorität solle die Sicherheit der Anwohner haben! Denn diesen sei die Veranstaltung mit allen möglichen negativen Begleiterscheinungen wie potentiell Attentaten oder gewalttätigen Demonstrationen ohne Nachfragen „vor die Tür gestellt“ worden. Auch vor diesem Hintergrund fragt er nochmals nach Lösungen für die Schulkinder beziehungsweise deren Schulweg. Herr Droßmann erklärt, dass die Schulleitungen die Möglichkeit erhalten werden, mit den Eltern gesonderte Vereinbarungen zu treffen. Herr Sülberg (Die Grünen) merkt an, dass er es besser fände, wenn die Verantwortung für den Schulbesuch nicht auf die Schulleitungen abgewälzt werde.

Herr Droßmann gibt zu bedenken, dass eine allgemeine Schulschließung in den Bezirken Altona und Mitte – auch weitab von den Sicherheitszonen – als „politisches Statement“ nicht machbar sei.

Ein Gast möchte wissen, wie im Veranstaltungszeitraum ambulante Dienste (Essen auf Rädern, Pflegedienste etc.) zu den Bewohnern kommen. Herr Droßmann antwortet, dass es hier keine Probleme geben werde, wenn die Dienste ihre Routen/Mitarbeiter rechtzeitig vorher bei der Einsatzleitung der Polizei anmelden. (Alle relevanten Nummern am Ende dieses TOPs)

Ein Gast möchte wissen, wie es um die Information der Hausbesitzer steht, die zwar außerhalb der Sicherheitszonen, aber innerhalb potentieller Demonstrationzonen Immobilien haben. Ihm geht es um Dinge wie offene Mülleimer oder Müllbeutel auf der Straße, die vielleicht in Brand gesteckt werden könnten. Herr Droßmann antwortet, dass es noch ein Gespräch mit der Stadtreinigung über Sonderleerungen/Abholungen im Vorfeld des G20-Zeitraumes geben werde. Ein Beiratsmitglied regt an, dass auch Gewerbetreibende im Viertel informiert werden, damit kein Verpackungs- oder sonstiger Gewerbemüll auf die Straße gestellt wird.

Herr Müller-Constantin (SPD) wünscht sich, dass in der Diskussion doch nicht nur eine „Flucht aus dem Viertel“ thematisiert wird. Er würde hier auch eine Gelegenheit sehen, die Demonstrationsfreiheit zu nutzen und für die eigene Meinung auf die Straße zu gehen. Ein Mitglied des Vorstands entgegnet, dass die Demonstrationsfreiheit im Rahmen des G20-Gipfels vielleicht doch sehr eingeschränkt werde und durch die schiere Menge der Besucher (Pro und Contra) von außerhalb auf jeden Fall Probleme zu erwarten seien.

Ein Beiratsmitglied möchte wissen, ob es bereits angemeldete Demonstrationen gibt. Herr Droßmann bestätigt dies, es könne aber noch Änderungen bei den Routen der Demonstrationzüge geben. Ein Gast merkt dazu an, dass vielleicht auch Baustellen ein Thema seien (bezüglich einer „Materialversorgung“ für gewaltbereite Demonstranten). Herr Droßmann bestätigt, dass auch hierzu Gespräche geführt werden.

Ein Mitglied des Vorstands begrüßt zwar die Intention der Bezirksamtsleitungen, durch eine „Beirats-Tour“ im Vorfeld die Anwohner zu informieren und deren Fragen aufzugreifen, regt aber an, zusätzlich über „größere“ Kanäle wie TV und Rundfunk zu informieren, da die Beiräte nicht jeden erreichen

könnten. Es habe sich bei der OSZE-Konferenz gezeigt, dass viele Gespräche unter den Anwohnern durch die große Informationsveranstaltung in den Messehallen und die begleitende Berichterstattung in den Medien initiiert wurden.

Ein Beiratsmitglied fragt nach geplanten deeskalierenden Maßnahmen und bewertet die bisher öffentlich bekannten Planungen der Polizei nicht als deeskalierend. Herr Droßmann verweist hier auf die Polizei als Antwortgeber.

Auch für eine Frage, ob im Viertel während des G20-Gipfels Außengastronomie stattfinden werde, verweist Herr Droßmann auf die Polizei.

Ein Beiratsmitglied fragt nach einer Empfehlung, ob Glasfronten von Geschäften während des G20-Gipfels geschützt beziehungsweise „verrammelt“ werden sollten. Herr Droßmann antwortet, dass es eine Aussage der Innenbehörde gebe, wonach „Geschäfte geschützt werden“.

Ein Beiratsmitglied wünscht sich mehr Information für anreisende Gegner des G20-Gipfels, um diesen klar zu machen, welche Probleme für Familien (und Anwohner generell) durch die Proteste entstehen könnten.

Ein Gast des Beirats möchte wissen, was der G20-Gipfel die Stadt Hamburg kosten wird. Herr Droßmann entgegnet, dass man dies erst im Nachhinein wissen könne. Es handele sich bei dem Gipfel um eine Veranstaltung des Auswärtigen Amtes und er erwarte, dass der Bund daher auch einiges an Kosten übernehmen werde.

Herr Droßmann bedankt sich für die Diskussion und will die Fragen mitnehmen und weitertragen. Eine entsprechende Liste wolle er auch an den Stadtteilbeirat zurückspielen.

Kontaktadressen der Polizei/Verwaltung zum Thema G20-Gipfel:

Polizei:

Per E-Mail: g20-buergerinfo@polizei.hamburg.de

Kostenfreies Bürgertelefon: 08000 – 428 650 (Montag bis Freitag von 08:00 Uhr - 16:00 Uhr):

FAQ der Polizei zum G20-Gipfel: <http://www.polizei.hamburg/g20-fragen-und-antworten-faq>

Karten der Sicherheitszonen: <http://www.polizei.hamburg/sicherheitszone-messehallen>

Für Maßnahmen zuständig:

Polizeikommissariat 14, Stab – Lage/Einsatz

G20 Vorbereitungsstab | EA Veranstaltungsort

Caffamacherreihe 4 | 20355 Hamburg

Tel. 040 - 42 86 51 485 | Fax 040 - 42 79 99 055

E-Mail: pk14-osze-g20@polizei.hamburg.de

Senat:

g20@sk.hamburg.de

Thema KIOSKE / CORNERN

Herr Droßmann berichtet von der Kiosk-Situation in seinem Bezirk. Bereits in der Vergangenheit hätten sich viele Club-Betreiber an das Bezirksamt gewandt. Mittlerweile über 78 Kioske im Bereich der Reeperbahn würden eben auch die Clubs gefährden, da innerhalb der Clubs der Getränkekonsum einen erheblichen Teil der Einnahmen bedeute.

Der Bezirk Mitte habe geprüft, welche Rechtsmittel dem Bezirksamt zur Verfügung stünden, beispielsweise im Jugendschutz, Verbraucherschutz oder Baurecht. Leider jedoch vergeblich. Es sei eine gesellschaftliche Entwicklung, dass Menschen mehr „nach draussen“ wollen und den öffentlichen Raum nutzen (was im übrigen keinesfalls nur ein innerstädtisches Problem sei, dies werde auch in den Randbezirken Hamburgs beobachtet).

Wenn die Politik hier Änderungen wolle, brauche es neue Gesetze. Der Bezirk Mitte habe sich bereits (mit den Clubbetreibern und auch Vertretern der *DeHoGa*) an die Politik und die Gesetzgebung gewandt und gefordert, dass diese sich mit dem Problem befassen. JETZT gebe es keine Handhabe, lange habe sich die Politik und die Gesetzgebung auch eher der Entflechtung und Deregulierung gewidmet. Er habe als Verwaltung um die Anhandgabe geeigneter Mittel gebeten, um das Problem angehen zu können.

Herr Sülberg merkt an, dass in der Tat die rechtlichen Mittel fehlen. Es fehlten aber eben auch die personellen Kapazitäten, rechtliche Mittel durchzusetzen, wenn sie denn vorhanden seien. Er wünscht sich ausserdem eine stadtteilübergreifende Position in Politik und Verwaltung dazu. Allzuoft sei der Verweis zu hören, dass dies ja nur bestimmte, wenige Viertel betreffe.

Ein Gast berichtet, dass ihm das Verbraucherschutzamt versichert habe, Kioske müssten sich an die Ladenschlusszeiten halten. Herr Droßmann sagt, dass er eine umfangreiche Abhandlung zur Kiosk-Problematik vorliegen habe und verspricht, diese dem Stadtteilbeirat zukommen zu lassen.

Thema LEERSTAND /WOHNRAUMSCHUTZ

Frau Dr. Melzer berichtet, dass die Problematik auch im Bezirksamt Altona bestens bekannt sei, laut ihren Mitarbeitern werde aber von den Hausbesitzern jedes rechtliche Schlupfloch ausgenutzt.

Herr Droßmann sieht als Hauptlücke, dass Hausbesitzer Baumassnahmen, die einer Vermietung im Wege stehen, endlos ausdehnen können.

Der Vorstand spricht ein Beispiel aus dem Bezirk Mitte an, in dem die Verwaltung trotzdem Zwangsmassnahmen ergriffen habe. Herr Droßmann bestätig dies. Bei dem konkreten Beispiel habe es zunächst auch erfolglos eine Vielzahl von Gesprächen mit dem Hausbesitzer gegeben. Danach habe das Bezirksamt in Absprache sowohl mit einem Mieterverein als auch mit dem Grundeigentümergebund einen Treuhänder eingesetzt, der nun versuche, die Baumassnahmen schnellst möglich zum Abschluss zu bringen. Danach solle die Immobilie wieder auf den Wohnungsmarkt zurückgeführt werden. Dies Projekt könne auch noch scheitern, solle aber auch ein öffentliches Beispiel sein.

Herr Evers (Bezirksamt Altona) merkt an, dass auch hier eigentlich geeignete rechtliche Mittel fehlen. Der Vorstand spricht auch dem Bezirksamt Altona Mut zu, auf ähnliche Weise gegen den langfristigen Leerstand im Viertel vorzugehen.

Herr Droßmann möchte noch darauf hinweisen, dass solche Maßnahmen bei Gewerbe-Immobilien nicht greifen. Als Beispiel nennt er den langen Leerstand der *Schilleroper* in seinem Bezirk. Herr Evers benennt ähnliche Probleme für die Baulücke auf dem Schulterblatt, wo demnächst die zweite Baugenehmigung verfalle.

Der Vorstand fragt, ob Herr Droßmann Empfehlungen aus seiner Erfahrung im Bezirk Mitte habe. Dieser verneint. Momentan werde versucht, mit einem Baugesuch endlich eine sinnvolle Bebauung des Grundstücks des alten *St. Pauli-Bades* am Spielbudenplatz (dort steht nur noch die Fassade) zu erreichen. Es sei fraglich, ob man mit dem Baugesuch juristisch durchkommen werde, aber Herr Droßmann sieht auch hier eine Vorreiter-Funktion.

TOP 03. Anliegen von Gästen und Mitgliedern des Beirats

Herr Evers berichtet von der Baulücke auf dem Schulterblatt, über die soeben gesprochen wurde. Hier ginge es insofern etwas voran, als dass Teile der Auflagen für die Baugenehmigung mittlerweile erfüllt worden seien.

Der Vorstand berichtet, dass mittlerweile das zweite Beiratskind geboren worden sei: Vincent Benedikt Matzen. Wir gratulieren dem Vater und der Mutter, unserer Protokollantin Irmie Krinn.

Das *Schanzenkino* im *Haus 73* erfüllt zur Zeit noch nicht die Auflagen, unter denen sein Betrieb genehmigt wurde, da der Zugang noch nicht behindertengerecht möglich ist.

Ein Gast des Beirats bemängelt, dass trotz Erhaltensverordnung im Stadtteil noch immer Umwandlungen von Gewerbe in Gastronomie stattfänden. Als Beispiele nennt er den Fischhandel *Günney* im Schulterblatt, der mittlerweile als Restaurant betrieben werde sowie den Besitzerwechsel beim ehemaligen *Die Herren Simpel*, wo bislang nur für eine Hälfte der Räume eine Genehmigung für Gastronomie vorgelegen habe, demnächst aber die ganze Fläche dafür genutzt werde. Ein Beiratsmitglied berichtet, dass nach seinen Informationen auch der neue Betreiber die Gastronomie nur in der Hälfte der Räume betreiben werde.

Der Vorstand erinnert daran, dass für die Bahndammfläche an der Straße Sternschanze zwischen U-Bahn- und S-Bahn-Eingang bereits 2013 eine Erneuerung der Bepflanzung geplant war, die bislang jedoch nicht umgesetzt wurde und schlägt eine Beiratsempfehlung an den Ausschuss für Naturschutz, Grünanlagen und Sport dazu vor. Der Stadtteilbeirat beschließt wie folgt:

Empfehlung 03/2017 – Grünkonzept Straße Sternschanze endlich umsetzen

Im Zuge der Neugestaltung der Straße Sternschanze (Dritter Bauabschnitt, 2013) wurden im Rahmen des Beteiligungsverfahrens konkrete Maßnahmen zur Begrünung des Bahndamms zwischen S- und U-Bahneingang Sternschanze vorgestellt. Obwohl die Umbauarbeiten in der Straße Sternschanze bereits seit Jahren fertig gestellt sind, wurden bislang keine der versprochenen Anpflanzungen vorgenommen. Im Gegenteil ist sogar den weiteren Baumaßnahmen (auch im Bereich des Messtunnels) alter Baumbestand zum Opfer gefallen.

Der Stadtteilbeirat Sternschanze bittet den Ausschuss für Grün, Naturschutz und Sport, sich dafür einzusetzen, dass in diesem Bereich die bereits lange zugesagte Begrünung noch in dieser Pflanzperiode vorgenommen wird.

Abstimmungsergebnis: Ja: 10 Nein: — Enthaltungen: —

Der Elternbeirat der *Ganztagsgrundschule Sternschanze* bittet um Unterstützung für einen Antrag auf Temposchwellen in der Ludwigstraße. Der Vorstand wird das Thema auf die nächste Tagesordnung setzen.

Herr Evers berichtet, dass die noch immer vorhandene Bank vor dem Café *Herr Max* nun als Ordnungswidrigkeit behandelt werde.

TOP 04. Berichte

Der Vorstand berichtet von einem Treffen beim Polizeikommissariat 16, bei dem Mitglieder des Vorstands, eine Anwohnerin, Herr Evers für das Bezirksamt sowie der Leiter des PK16, der Bürgernahe Beamte und zwei Mitarbeiter der Verkehrsleitung anwesend waren. Anlass war der schwere Verkehrsun-

fall an der Kreuzung Juliusstraße/Stresemannstraße. Es wurden verschiedene Möglichkeiten diskutiert, den LKW-Verkehr aus dem Bauvorhaben Lippmannstraße anders zu führen, um zukünftige Unfälle zu vermeiden. Leider gibt es laut Aussage des PK16 keine andere Möglichkeit, als den abfahrenden LKW-Verkehr durch die Juliusstraße zu führen.

Ein Mitglied des Vorstands berichtet vom *Aktionstreffen G20*. Die Veranstaltung sei mit zirka 500 Anwesenden gut besucht gewesen. Voraussichtlich werden viele Aktionen zum G20-Gipfel in der ganzen Stadt stattfinden. Es sei damit zu rechnen, dass die ganze Woche über Aktionen stattfinden und nicht nur an den zwei Tagen des Gipfels.

Die Empfehlung 01/2017 des Stadtteilbeirats zum Thema „Kundenstopper“ wurde vom WAS-Ausschuss zur Prüfung an den Umweltausschuss übergeben.

TOP 04. Termine

WANN?	WAS?	WO?
10.05.2017 18:00 Uhr	nächste Sitzung des WAS-Ausschusses	Technisches Rathaus, Jessenstraße
24.05.2017 19:30 Uhr	nächste Beiratssitzung	JesusCenter

Protokoll vom 16.05.2017
Erstellt vom Standpunkt Schanze e.V.

Anmerkungen zum Protokoll:

Für die Anwohner der Hafencity gab es am 16.5.2017 eine große öffentliche Veranstaltung mit Berichten von Bernd Krösser, Staatsrat der Behörde für Inneres und Sport, Falko Droßmann, Bezirksamtsleiter Hamburg-Mitte, und Enno Treumann, Polizei Hamburg, unter anderem über den Stand der Vorbereitungen und über das Sicherheitskonzept für den G20-Gipfel in Hamburg am 7. und 8. Juli 2017.